

# Wenn ich einmal alt (und arm) bin

*Ulrike Aichhorn*

Warum die Kombination „alt“ + „Frau“ in vielen Fällen zu „arm“ führt, wird rasch deutlich, wenn man auf das Datenmaterial der entsprechenden Statistiken blickt:

Der Anteil an gesellschaftlich geleisteter Arbeit, der bezahlt wird, beträgt rund ein Drittel%, im Gegensatz zu zwei Dritteln unbezahlter Arbeit, wie Betreuungs-, Haushalts- und Pflegetätigkeiten sowie ehrenamtliche Arbeit (Statistik Austria, 2009, S. 33). In Summe werden in Österreich rund 186,5 Millionen Stunden an unbezahlter Arbeit pro Woche geleistet, zwei Drittel davon von Frauen, ein Drittel von Männern (Statistik Austria, 2009, S. 33).

Annähernd umgekehrt ist das Verhältnis bei bezahlter Erwerbsarbeit. Hier liegt der Anteil der Frauen bei 39%, jener der Männer bei 61% (Statistik Austria, 2009, S. 34). Dazu kommt, dass nach wie vor die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern groß sind und auch bei den Einkommensgruppen finden sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. So sind Frauen in den unteren Einkommensgruppen überrepräsentiert, mit steigendem Einkommen sind in den höheren Einkommensgruppen immer weniger Frauen vertreten. So ist in der Gruppe der 10% mit den höchsten Einkommen nur mehr jede fünfte Person weiblich (Bundesministerin für Frauen und Öffentlicher Dienst im Bundeskanzleramt Österreich [BMF], 2010, S. 201).

2007 lag das mittlere Bruttojahreseinkommen der Frauen bei EUR 16.748, jenes der Männer bei EUR 28.226. Der Median des Bruttojahreseinkommens von Frauen lag also bei 59% desjenigen von Männern (BMF, 2010, S. 201). Zieht man Lohnsteuer und die Sozialversicherungsbeiträge von den Bruttoeinkommen ab, blieben den Frauen netto durchschnittlich EUR 13.345, den Männern EUR 20.068. Der relative Anteil am mittleren Nettoeinkommen der Frauen betrug im Vergleich zu den Männern 66% (BMF, 2010, S. 201).

Diese Einkommensdifferenz beruht aber nicht lediglich auf dem hohen Anteil von Frauen bei den Teilzeitbeschäftigten. Wird die Statistik um den Anteil von Teilzeitbeschäftigten bereinigt und nur die Einkommen von ganzjährig in Vollzeit Beschäftigten verglichen, erhöht sich das Einkommen der Frauen im Mittel auf 78% des mittleren Einkommens der Männer (BMF, 2010, S. 204).

Die unbezahlte Arbeit ist also zwischen den Geschlechtern sehr ungleich verteilt und reproduziert die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Die starke Mehrbelastung von Frauen durch die Übernahme reproduktiver Tätigkeiten schränkt ihre Möglichkeiten zur Teilnahme am Erwerbsleben – mit all den bekannten Konsequenzen – massiv ein. Vermehrte Betreuungsaufgaben mit daraus resultierenden geringeren Verdienstmöglichkeiten machen insbesondere Ein-Eltern-Haushalte, von denen rund 87% aus Frauen mit Kind oder Kindern bestehen, zur größten von Armutsgefährdung<sup>1</sup> betroffenen Gruppe (30%; Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz [BMASK], 2011, S. 50 f.).

Aber auch alleinlebende Frauen mit Pensionsbezug haben mit einem Anteil von 28% ein sehr hohes Armutsrisiko, alleinlebende Frauen ohne Pension sind eine weitere von Armutsgefährdung betroffene Gruppe (18%; BMASK, 2011, S. 51). Jede 8. Frau hat keine eigene Pension (auch keine Witwenpension). Das Armutsrisiko für alleinstehende Männer mit Pension ist mit 11% leicht unterdurchschnittlich (BMASK, 2011, S. 68).

Die höchste Wahrscheinlichkeit, nie armutsgefährdet zu sein, haben Männer zwischen 40 und 64 Jahren mit österreichischer Staatsbürgerschaft seit Geburt (Statistik Austria, 2011, S. 69).

Zusammen- und kurz gefasst lautet also der traurige Befund: Frauen verdienen weniger als Männer. Frauen haben weniger Pensionsversicherungszeiten als Männer, Frauen haben eine geringere Pension. Frauen sind seltener voll erwerbstätig, dafür in der Teilzeitbeschäftigung überrepräsentiert. Frauen sind wesentlich öfter Alleinerzieherinnen und somit häufig in ihren Möglichkeiten im Erwerbsleben eingeschränkt. Frauen tragen ein höheres Risiko der Armutsgefährdung als Männer. Das größte Armutsrisiko tragen alte Frauen und alleinerziehende Frauen.

Diese Zahlen und Fakten sind bekannt, auch die vielfältigen Ursachen. Unzählige Reformversuche und politische Bekenntnisse zur Behebung der Misere tragen nur langsam kleine Früchte, das negative Gesamtbild herrscht immer noch vor.

Werden die Ursachen für die Armutsfälle „Frau und Alter“ betrachtet, richtet sich das Augenmerk meist auf die bekannten Faktoren wie hohe Teilzeit- und geringe Vollzeitbeschäftigung von Frauen, die geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes, die schlechtere Bezahlung in typischen Frauenberufen und den Karriere- und Einkommensknicke durch Karenzzeiten. Es stehen also die arbeitsmarktpolitischen und sozialversicherungsrechtlichen Belange im Vorder-

---

<sup>1</sup> Die Armutsgefährdungsschwelle beträgt laut EU-SILC 2009 für einen Einpersonenhaushalt € 11.932 pro Jahr; vgl. BMASK, 2011, S. 44.

grund. Diese sind aber nicht die einzigen relevanten Parameter, auch wenn sie natürlich einen großen Anteil haben. Wenig im gesellschaftlichen und politischen Bewusstsein sind hingegen jene Faktoren für die „Armutsfalle Frau“, die im mehr oder weniger bewusst gewählten Familienmodell ihren Ursprung haben.

Gerade bei der Wahl eines Familienmodells schlagen junge Frauen häufig – unwissentlich – einen Weg ein, der ein hohes Risiko der Altersarmut in sich bergen kann. Bevor ich näher auf die „Fallstricke“ eingehe, kurz ein Überblick über mögliche Familienmodelle. Die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Partnerinnen bzw. Partner wird hier nicht extra behandelt, da die für das Thema „Altersarmut“ rechtlich relevanten Normen weitgehend dem Eherecht entsprechen (siehe Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, BGBl I Nr. 135/2009).

Wird eine Ehe geschlossen, sind vor allem die sogenannte „Hausfrauenehe“ und die Ehe mit einem Ehemann als Allein- bzw. Hauptverdiener und einer geringfügig dazuverdienenden Ehefrau zu unterscheiden. Verdienen in einer Ehe beide EhepartnerInnen annähernd gleich viel (DINK), ist das Risiko für die Frau deutlich geringer, allerdings verschiebt sich hier das Gleichgewicht üblicherweise mit der Geburt eines Kindes dramatisch.

Dennoch herrscht in der rechtlichen Konstruktion der Ehe noch ein gewisser Schutzrahmen für die nicht oder wenig verdienende Ehefrau – Stichwort Unterhalt. Dieser entfällt zur Gänze, wenn eine nichteheliche Lebensgemeinschaft eingegangen wird. Gerade in Fällen, in denen eine Lebensgemeinschaft jahre- oder jahrzehntelang andauert, Kinder geboren und großgezogen werden und de facto alles abläuft wie in einer Ehe, entsteht in der Gesellschaft häufig das Gefühl, dass diese Lebensgemeinschaften rechtlich wie eine Ehe behandelt werden. Ansichten wie etwa, dass nach 5, 10, oder 15 Jahren die Lebensgemeinschaft einer Ehe gleichgestellt werde, werden häufig vertreten. Das böse Erwachen ist dann vorprogrammiert.

Wie sieht es nun im Detail aus, welche Armutsrisiken sind in den verschiedenen Familienmodellen auszumachen?

## **Hausfrauenehe**

In einer sogenannten „Hausfrauenehe“ (die übrigens auch für den Hausmann gilt) ist die Ehefrau Vollhausfrau, sie hat keine oder nur eine sehr geringe Erwerbstätigkeit und widmet sich der Kindererziehung, der Pflege von Angehörigen, der Haus- und Familienarbeit. Die Hausfrau ist damit in vielerlei Hinsicht vor allem von ihrem Ehemann abhängig. So hat sie keine eigenständige Krankenversiche-

rung, sondern ist mitversichert (mit eingeschränkten Leistungen), sie hat keine eigene Pensionsversicherung und keine eigene gesetzliche Unfallversicherung (außer es handelt sich um einen bäuerlichen Betrieb).

Für EhepartnerInnen besteht die eheliche Pflicht zur „zumutbaren Mitwirkung im Erwerb des/der anderen“ (§ 90 Abs 2 ABGB), die in der Praxis meist Frauen in Familienunternehmen trifft. Üblich und praktisch relevant ist die Mitwirkung in landwirtschaftlichen Betrieben<sup>2</sup>, in (kleineren) Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen, z. B. im Gastgewerbe,<sup>3</sup> und bei kleinstrukturierter „freier“ Berufstätigkeit, z. B. in Arztpraxen, Steuerberater- oder Rechtsanwaltskanzleien (Höllwerth, 2011).

*§ 90 Abs 2 ABGB Im Erwerb des anderen hat ein Ehegatte mitzuwirken, soweit ihm dies zumutbar, es nach den Lebensverhältnissen der Ehegatten üblich und nicht anders vereinbart ist.*

Diese Mitwirkungspflicht ist eine Form der materiellen Beistandspflicht und wurde bereits im ABGB 1811 verankert. Versuche, sie als nicht mehr zeitgemäß zu streichen, sind zuletzt 1999 gescheitert. Einzig eine Entschärfung ist gelungen, da nunmehr im Gesetz (§ 90 Abs 2 ABGB) deutlich darauf hingewiesen wird, dass die Regelung über die Mitwirkungspflicht dispositiv ist und durch Vereinbarung (formfrei, ausdrücklich oder konkludent) abbedungen werden kann. Dies hat aber kaum praktische Relevanz.

Die „Mitwirkung im Erwerb des anderen“ ist nicht mit einer arbeits- oder sozialrechtlichen Absicherung verbunden, es sei denn, der Mann räumt dies freiwillig ein. Die mitarbeitende Ehefrau hat auch keinen der Arbeitsleistung adäquaten Entlohnungsanspruch. Auch hier scheiterte 1999 der Versuch, für die Mitwirkung einen Vergütungsanspruch zu normieren, der sich an jenen Einkünften orientieren sollte, die für gleiche oder eine ähnliche Arbeit „am freien Markt“ zu erzielen wäre. Der mitwirkenden Ehefrau wird nur ein „Anspruch auf angemessene Abgeltung“ eingeräumt.

Abgeltungsansprüche für die Mitwirkung im Erwerb des anderen verjähren innerhalb von sechs Jahren ab dem Ende des Monats, in dem die Leistung erbracht wurde (§ 1486a ABGB). Da Abgeltungsansprüche – wenn überhaupt – meist erst nach dem Ende einer Ehe eingeklagt werden und die Ansprüche aber nach 6 Jahren verjähren,<sup>4</sup> wird hier die Arbeitsleistung von Frauen weitgehend unentgeltlich erbracht und sie bleibt vor allem für die sozialversicherungsrechtliche Absicherung völlig unbeachtet.

<sup>2</sup> 10 ObS 257/91 = JBl 1992, 403.

<sup>3</sup> 2 Ob 10/87 = JBl 1987, 575.

<sup>4</sup> Vor 1999 verjährten sie bereits nach 3 Jahren.

*§ 98 ABGB Wirkt ein Ehegatte im Erwerb des anderen mit, so hat er Anspruch auf angemessene Abgeltung seiner Mitwirkung. Die Höhe des Anspruchs richtet sich nach der Art und Dauer der Leistungen; die gesamten Lebensverhältnisse der Ehegatten, besonders auch die gewährten Unterhaltsleistungen, sind angemessen zu berücksichtigen.*

Der Abgeltungsanspruch ist also familienrechtlicher Natur und entspricht nicht der Entgeltforderung aufgrund eines Arbeitsverhältnisses (Beck, 2011). Es besteht lediglich eine Art „Gewinnbeteiligungsanspruch“, der erfolgsabhängig ist. Es ist also nicht die Arbeitsleistung alleine schon anspruchsbegründend, sondern es muss auch ein wirtschaftlicher Erfolg auf Seiten des Unternehmens des Ehemannes eintreten. Völlig unerheblich ist es, welches Einkommen die Ehefrau bei der Ausübung einer vergleichbaren Tätigkeit auf dem freien Arbeitsmarkt bekommen hätte. Besteht ein grundsätzlicher Abgeltungsanspruch, so ist dieser auf den Aufwendungen anzurechnen, die der Mann z. B. aus seinen Betriebsgewinnen für die Familie oder als Unterhaltsleistungen für die Ehefrau getätigt hat.

Sollte die Ehefrau auf einer Abgeltungszahlung bestehen – was in der Praxis bei aufrechter Ehe kaum vorkommt – muss sie ihren Anspruch gerichtlich (§§ 93 f. AußStrG) geltend machen.

Würde eine mitarbeitende Ehefrau im Unternehmen ihres Ehemannes angestellt, versichert und bezahlt wie die anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb auch, dann könnte die „Mitwirkungsfalle“ umgangen werden.

Ein weiteres Problem, das sich vor allem für eine Hausfrau oder geringfügig mitverdienende Ehefrau häufig auftritt, ist im Ehegüterrecht begründet. Grundsätzlich besteht bei aufrechter Ehe Gütertrennung. Das heißt, Ehefrau und Ehemann behalten jeweils an ihrem vor der Ehe erworbenen Vermögen Alleineigentum, durch die Ehe wird nicht automatisch Miteigentum daraus. Alles, was in aufrechter Ehe erworben wird, was man geschenkt bekommt oder man erbt, geht ebenfalls ins Alleineigentum. Damit ist klar, dass eine Hausfrau, die kein eigenes Einkommen hat, kaum Vermögen erwerben kann, es sei denn, ihr Mann schenkt ihr etwas oder sie erbt. Trägt die Ehefrau also durch ihre Familienarbeit zur Steigerung des ehelichen Vermögens und der Ersparnisse bei, so erwirbt sie während aufrechter Ehe dennoch kein Eigentum daran. Während aufrechter Ehe kann die Hausfrau beispielsweise ihren Anteil nicht vererben, verschenken etc. Auch ihre Verfügungsgewalt ist eingeschränkt und beschränkt sich im Wesentlichen auf Abwehrrechte, z. B. darf der Ehemann als Eigentümer über die Ehewohnung nicht nachteilig verfügen.

Zu einem gewissen Ausgleich der Vermögensverhältnisse kommt es erst bei einer Scheidung, wo eine sogenannte „verschämte Gütergemeinschaft“ zum Tragen kommt. Dann nämlich werden das sogenannte eheliche Gebrauchsvermögen und die ehelichen Ersparnisse aufgeteilt. Würde beispielsweise der Bausparver-

trag der Familie auf den Namen des Mannes lauten oder das Sparbuch, müsste er dennoch bei der Scheidung der Ehefrau einen Anteil davon geben. Eine einvernehmliche Scheidung ist daran geknüpft, dass sich das Ehepaar über die Aufteilung des ehelichen Gebrauchsvermögens, z. B. Haus, Wohnung, Auto, Einrichtung etc. und der ehelichen Ersparnisse sowie der ehelichen Schulden einigt. Bei einer streitigen Scheidung wäre ein gerichtliches Aufteilungsverfahren möglich.

Bei der Vermögensteilung taucht häufig das Problem auf, dass die Ehefrau nicht genau weiß, welche Vermögenswerte vorhanden sind. Es zählt zwar zu den Ehepflichten, dass die Einkommens- und Vermögensverhältnisse dem Ehepartner/der Ehepartnerin gegenüber offenzulegen sind. Verletzt der Partner diese Pflicht aber, ist dies eine Eheverfehlung, nur erfährt man trotzdem nicht, wie hoch das Einkommen und das Ersparte sind. Lehre und Rechtsprechung sind uneinheitlich bei der Beantwortung der Frage, ob die Rechnungslegung eingeklagt werden kann. In der Praxis kommt es ausgesprochen selten zu derartigen Klagen bzw. Klagsversuchen. Verweigert der erwerbstätige Ehepartner also beharrlich die Einsicht in sein Einkommen, dann besteht zwar ein theoretischer Aufteilungsanspruch bei Scheidung, nur ist nicht bekannt, wie hoch eigentlich das Aufzuteilende ist. Damit riskiert man eine Überklagung, was hohe Prozesskosten bedeutet, und es kann passieren, dass man um seinen Anteil gebracht wird.

Besonders gravierende finanzielle Folgen kann auch die Tatsache haben, dass Unternehmen aus dem nahehelichen Aufteilungsverfahren prinzipiell ausgeschlossen sind. Gerade bei Familienunternehmen, bei denen die Grenzen zwischen Privatem und Betrieblichem oft fließend sind und Ehefrauen mitarbeiten – und auch grundsätzlich die Ehepflicht zur Mitwirkung haben – kann dies zum großen Nachteil für Ehefrauen gereichen.

Gerade ältere Frauen, die sich jahrzehntelang um Haus, Familie, Kinder etc. gekümmert haben, keine eigene Erwerbstätigkeit ausübten und somit keine eigenständige sozialversicherungsrechtliche Absicherung haben, können sich eine Scheidung aus Gründen der Alterssicherung oftmals nicht leisten. Bleiben sie in der Ehe, behalten sie zwar einen Unterhaltsanspruch und partizipieren auch z. B. an der Rente des Mannes, sie erhalten aber nicht ihren Anteil am lebenslang gemeinsam erwirtschafteten Vermögen.

Apropos Unterhalt: Bei aufrechter Ehe steht der Vollhausfrau ein Unterhaltsanspruch in Höhe von 33% des Nettoeinkommens des Mannes zu. Jedes unterhaltsberechtigende Kind reduziert diesen Anspruch um je 4% (Babys nur 2%), gibt es eine unterhaltsberechtigende Ex-Ehefrau, dann reduziert dies den Anspruch der aktuellen Ehefrau nochmals um 0–3%. Naturalunterhaltsleistungen, die der Ehemann erbringt, z. B. Miete, Betriebskosten, Versicherungen etc., werden angerechnet und reduzieren den Unterhaltsanspruch der Ehefrau.

Berufstätige mitverdienende Ehefrauen haben einen Unterhaltsanspruch in Höhe von 40% des Familieneinkommens, wieder reduziert durch konkurrenzierende weitere Unterhaltsberechtigte.

Ein Unterhaltsanspruch der Ehefrau, die selbst kein oder nur ein geringes Einkommen hat, besteht allerdings nur bei aufrechter Ehe. Im Fall einer Scheidung

hängt der nacheheliche Unterhalt davon ab, dass sich der andere Ehepartner eine schwere Eheverfehlung zuschulden kommen ließ, diese im streitigen Ehescheidungsprozess bewiesen werden konnte, es zu einem gerichtlichen Verschuldensauspruch (alleiniges oder überwiegendes Verschulden) gekommen und der schuldig geschiedene Ehepartner auch leistungsfähig ist. Grundsätzlich kann ein geschiedener Ehepartner natürlich auch freiwillig Unterhalt leisten.

Mit Wirkung vom 1.1.2000 wurde eine neue Unterhaltskategorie eingeführt, die einerseits der Fallgruppe „junge Mutter“ und andererseits jener der älteren oder alten Frau zugutekommen sollte: der sogenannte verschuldensunabhängige Unterhalt.

§ 68a EheG geht von einem verschuldensunabhängigen Unterhalt dann aus, wenn jemand – meist wird es die Ehefrau sein – aufgrund von Haushaltsführung und Kindererziehung den eigenen Unterhalt nicht bestreiten kann und eine Erwerbstätigkeit daher unzumutbar ist. Konkret nennt das Gesetz zwei Fallgruppen. Verschuldensunabhängiger Unterhalt nach einer Scheidung kann ausnahmsweise dann zustehen, wenn

1. die Ehefrau (bzw. der haushaltsführende Ehemann) derzeit für die Pflege und Erziehung von ehelichen Kindern zu sorgen hat (§ 68a Abs 1 EheG) – Fallgruppe „junge Mutter“ – oder wenn
2. eine Wiederaufnahme bzw. eine Neuaufnahme einer Erwerbstätigkeit nach einem familienbedingten Ausstieg aus dem Berufsleben aufgrund mangelnder beruflicher Aus- oder Weiterbildung, aufgrund des Alters oder der Gesundheit oder aufgrund der Dauer der Ehe nicht zugemutet werden kann (§ 68a Abs 2 EheG).
3. Auch Mischformen sind denkbar.

Der Unterhalt nach § 68a EheG ist grundsätzlich nur in Ausnahmefällen zu gewähren. Es dürfen keine Unbilligkeitsgründe vorliegen, der Unterhalt ist grundsätzlich zeitlich befristet und die Zumutbarkeit der Selbsterhaltungsfähigkeit wird nicht nur in Bezug auf die Ehefrau geprüft, sondern es ist in Fallgruppe 1 (§ 68a Abs 1 EheG) auch zu berücksichtigen, ob es im Kindeswohlinteresse liegt, dass die Mutter nicht in den Berufsprozess einsteigt. Bis zur Vollendung des 5. Lebensjahres des (jüngsten) Kindes wird die Unzumutbarkeit vermutet, allerdings ist diese Vermutung widerlegbar. Einen Grund dafür, warum gerade mit dem 5. Lebensjahr eine Zäsur gemacht wurde, findet man in den Materialien nicht. Wird nach dem 5. Lebensjahr verschuldensunabhängiger Unterhalt gericht-

lich zuerkannt, dann grundsätzlich jeweils auf längstens drei Jahre, mehrmalige Verlängerungen sind zulässig. Nur bei besonders krassen Einzelfällen, wenn z. B. ein behindertes Kind einen erhöhten Betreuungsaufwand erfordert, kann ausnahmsweise von einer Befristung abgesehen werden.

Während es im Fall einer jungen Frau unter Umständen noch nachvollziehbar ist, dass der Unterhalt zeitlich befristet ist, da mit ihrem mittelfristigen Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu rechnen ist, scheint die Unterhaltsbefristung für die zweite Fallgruppe, nämlich für jene Frauen, die sich jahre- oder jahrzehntelang um die Familie gekümmert haben und daher keinen Beruf und auch keine eigene Alterssicherung haben, schon beinahe zynisch. Auch Frauen, die sich aufgrund einvernehmlicher Gestaltung der ehelichen Lebensgemeinschaft der Haushaltsführung, der Pflege und Erziehung des gemeinsamen Kindes oder auch der Betreuung eines Angehörigen eines der beiden EhepartnerInnen gewidmet haben (§ 68a Abs 2 EheG), haben grundsätzlich nur einen mit maximal drei Jahren befristeten Unterhaltsanspruch.

Nur für den Fall, dass nicht mehr erwartet werden kann, dass die geschiedene Ehefrau in den Erwerbsprozess eingegliedert wird, kann das Gericht ausnahmsweise von einer Befristung absehen. Da wohl überwiegend ältere Frauen, mit fehlender Berufserfahrung und bestenfalls mangelhafter Ausbildung, diesen Unterhaltstitel anstreben werden, hat der Gesetzgeber hier den Normalfall des Rechtsalltags zur Ausnahme-Ausnahme-Bestimmung erklärt.

Normalfall wird also sein, dass Frauen durch die Befristung des Unterhalts regelmäßig in eine gerichtliche Auseinandersetzung über ihren Unterhalt gezwungen werden. Nach jeweils spätestens drei Jahren müssen sie ihren Unterhaltsanspruch sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach rechtfertigen, womit de facto eine Beweislastumkehr zulasten der Frauen geschaffen wurde.

Der Vorteil eines auch nur befristeten Unterhaltsanspruchs steht aber nur dann zu, wenn der Unterhaltsanspruch nicht bereits an der Unbilligkeit des Begehrens scheitert (§ 68a Abs 3 EheG). Unbilligkeit liegt vor, wenn einseitig eine besonders schwere Eheverfehlung gesetzt wurde oder die Bedürftigkeit schuldhaft herbeigeführt wurde oder – für die Fallgruppe 2 – wenn die Ehe nur von kurzer Dauer war. Die Regierungsvorlage hält nur fest, dass es hier um jene Fälle geht, in denen das Opfer des ehelichen Fehlverhaltens eine auch nach objektiven Maßstäben als Ungerechtigkeit zu wertende Unterhaltsleistung erbringen müsste.

Bezüglich der Höhe des verschuldensunabhängigen Unterhalts wurde mit dem EheRÄG 1999 eine neue Unterhaltskategorie geschaffen, die sich am deutschen BGB (§ 1578) orientiert, nämlich der Unterhaltsbedarf. Dieser Unterhaltsbedarf wird zwischen dem Unterhaltsanspruch aufgrund der Lebensverhältnisse der EhepartnerInnen (§ 66 EheG) und dem nur notwendigen Unterhalt (§ 68



EheG) liegen. Die Unterhaltshöhe wird also wesentlich vom Einzelfall abhängen, wobei hier ein großer Spielraum besteht. Der Unterhaltsbedarf orientiert sich nicht mehr an den ehelichen Lebensverhältnissen und auch nicht mehr an der Lebensstellung der Ehefrau in der Ehe, sondern alleine an ihrer eigenen, eheunabhängigen Lebensstellung. Dies gilt aber nur dann, wenn ihr selbstständiger Lebensstandard unterhalb des ehelichen Lebensstandards liegt (Ministerialentwurf), liegt er darüber, orientiert sich der Unterhaltsbedarf dann nicht mehr an ihrem Lebensstandard, sondern am ehelichen.

Schließlich sei noch auf einen diskriminierenden Anachronismus in der Rechtsprechung hingewiesen. Unter bestimmten Voraussetzungen erlischt der Unterhaltsanspruch der geschiedenen Ehefrau. So verliert man den Unterhalt in voller Höhe und für alle Zukunft (Rummel, 2007), wenn man sich einer schweren Verfehlung gegen den Unterhaltspflichtigen, also üblicherweise gegen den Ex-Mann zuschulden kommen läßt oder wenn die Frau gegen seinen Willen einen „ehrsen oder unsittlichen Lebenswandel“ führt. Die Umstände, die den geschiedenen Mann zur Klage auf Unterhaltsverwirkung berechtigen, müssen laut Judikatur gravierender sein als schwere Eheverfehlungen,<sup>5</sup> sie müssen aber nicht die Intensität eines Verbrechens haben. Betrachtet man die ausjudizierten Anlassfälle, muss festgestellt werden, dass die Erheblichkeitsschwelle de facto dann doch manchmal deutlich unterschritten worden ist. Als schwere nacheheliche Verfehlung, die den gänzlichen und immerwährenden Verlust des Unterhalts bewirkten, wurden beispielsweise anhaltende Beschimpfungen oder Bedrohungen gewertet, wiederholte Beleidigungen, die Verbreitung wahrer Tatsachen, wenn an deren Geheimhaltung ein schutzwürdiges Interesse besteht<sup>6</sup> oder dass die geschiedene Ehefrau ihr Wissen darüber preisgab, dass der Ex-Mann sich Prüfungsvoraussetzungen durch eine Urkundenfälschung erschlichen hatte.<sup>7</sup> Ist eine Frau auf Unterhalt angewiesen, darf sie sich also nicht nur während aufrechter Ehe keinerlei Verfehlungen zuschulden kommen lassen, sie muss auch nach der Scheidung auf ihr Benehmen und ihren Lebenswandel achten.

Achten sollte eine unterhaltsberechtigte geschiedene Frau auch darauf, nicht in den „Verdacht einer Lebensgemeinschaft“ zu kommen. Da bei einer Wiederverheiratung der Unterhaltsanspruch aus der früheren geschiedenen Ehe erlischt (§ 75 EheG), hat die Rechtsprechung aus dieser Bestimmung ein Ruhen des Unterhalts für die Dauer der Lebensgemeinschaft abgeleitet. Zwar wird ausdrücklich festgehalten, dass eine Lebensgemeinschaft selbst nicht sittenwidrig

5 OGH 19.4.1977, 3 Ob 7/77 = EF 29.657.

6 OGH 28.6.2007, 3 Ob 90/07t = EF 117.471.

7 OGH 19.4.1977, 3 Ob 7/77 = EF 29.661.

sei (!), aber eine Sittenwidrigkeit im Begehren auf Unterhalt während der Lebensgemeinschaft liegt (nach § 879 ABGB). Denn es widerspreche dem allgemeinen sittlichen Empfinden, dass der geschiedene Ehepartner die Lebensgefährtin des anderen finanzieren müsse.<sup>8</sup> Der Unterhalt ruht jedenfalls, auch dann, wenn die Frau von ihrem Lebensgefährten keinen Unterhalt bekommt.<sup>9</sup> Eine weitere Begründung ist, dass für wiederverheiratete Geschiedene auch kein weiterer Unterhaltsanspruch besteht und unverheiratete Lebensgefährtinnen bzw. Lebensgefährten nicht bevorzugt werden sollen. Bei diesen Argumentationen werden aber verschiedene Aspekte übersehen und außerdem Äpfel mit Birnen verglichen. So erlangt die Frau durch die Lebensgemeinschaft keinen Unterhaltsanspruch gegenüber ihrem Lebenspartner. In der Lebensgemeinschaft wäre eine Unterhaltsleistung rein freiwillig. Heiratet sie erneut, erlangt sie gegenüber ihrem neuen Ehepartner einen gesetzlichen Unterhaltsanspruch, wenn die Voraussetzungen stimmen, sie also insbesondere nicht selbsterhaltungsfähig ist. Durch den Unterhalt an die geschiedene Frau wird auch keinesfalls ihr neuer Partner finanziert, sondern es ist dies eine Leistung an die geschiedene Frau, für die sie Anspruchsvoraussetzungen erfüllen musste und die sie immer noch erfüllt.

Ein Unterhaltsanspruch, egal in welcher Höhe, ist niemals die Art Einkommen, die sozialversicherungsrechtlich positiv zu Buche schlägt. Eine einzige Ausnahme gibt es für unterhaltsberechtigte geschiedene Witwen und Witwer, die hier aber zu weit führen würde. Solange man nicht eine eigenständige Erwerbsarbeit ausübt, erwirbt man keine sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche wie Pension oder Sozialversicherung.

## Die nichteheliche Lebensgemeinschaft

Obwohl sich die nichteheliche (verschiedengeschlechtliche) Lebensgemeinschaft in zahlreichen Normen findet und ein weit verbreitetes gesellschaftliches Phänomen ist, fehlt eine allgemein verbindliche gesetzliche Definition. Was eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ist und wann sie vorliegt, wird durch die Rechtsprechung der Höchstgerichte definiert. Die Wesenselemente der nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind:

Wohngemeinschaft:<sup>10</sup> Eine Lebensgemeinschaft kann im Einzelfall aber auch dann vorliegen, wenn die Lebensgefährt/inn/en keine gemeinsame Wohnung haben, sondern jeweils ihre Wohnungen behalten. Keine Lebensgemeinschaft liegt bei einem bloßen Liebesverhältnis vor, wenn gelegentlich einer beim anderen übernachtet.

<sup>8</sup> OGH 25.2.1993, 6 Ob 504/93 = EF 70.751.

<sup>9</sup> OGH 29.3.1977, 3 Ob 26, 27/77 = EF 29.651.

<sup>10</sup> EvBl 1989/59 = WBl 1989, 98.

Geschlecht und Altern

Interdisziplinäre Betrachtungen

Brunnauer, C.; Hörl, G.; Schmutzhart, I. (Hrsg.)

2015, VI, 162 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-04816-7